

RS Vwgh 1999/1/29 95/19/1145

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 29.01.1999

Index

10/07 Verwaltungsgerichtshof
23/01 Konkursordnung
23/04 Exekutionsordnung
27/01 Rechtsanwälte
40/01 Verwaltungsverfahren

Norm

AVG §59 Abs1;
AVG §62;
EO §291a;
KO §1 Abs1;
KO §5 Abs1;
Satzung Versorgungseinrichtung RAK Tir 1986 §6 idF AnwBl 1991 Seite 448;
VwGG §34 Abs1;

Rechtssatz

Die gemäß § 6 der Satzung der Versorgungseinrichtung der Tiroler Rechtsanwaltskammer begehrte Berufsunfähigkeitspension ist als solche jedenfalls nicht zur Gänze der Exekution unterworfen und könnte daher auch nicht zur Gänze konkursverfangen sein. Da somit jedenfalls zumindest ein Teil pfändungsfrei und damit dem Konkurs nicht unterworfen ist, ist die Dispositionsfähigkeit des Gemeinschuldners insofern gegeben. Das bedeutet, dass - allenfalls auch - er Adressat des erstinstanzlichen Bescheides, mit dem der Antrag auf Zuerkennung der Berufsunfähigkeitspension abgewiesen wurde, zu sein hatte und eine Rechtsverletzungsmöglichkeit durch den erstinstanzlichen Bescheid, aber auch durch den Berufungsbescheid aus dem Blickwinkel des Konkursverfahrens nicht zu verneinen ist. Ob und inwieweit die Sache allenfalls auch in den Wirkungsbereich des Masseverwalters fiel, ist in diesem Zusammenhang nicht zu untersuchen (vgl E 2.7.1997, 95/12/0234; zur Frage der allfälligen Konkursunterworfenheit einer Berufsunfähigkeitspension vgl E 14.11.1995, 94/08/0283).

Schlagworte

Inhalt des Spruches Anführung des Bescheidadressaten Mangel der Berechtigung zur Erhebung der Beschwerde
mangelnde subjektive Rechtsverletzung Parteienrechte und Beschwerdelegitimation Verwaltungsverfahren
Rechtsverletzung des Beschwerdeführers Beschwerdelegitimation bejaht

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1999:1995191145.X03

Im RIS seit

20.11.2000

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at